

Diesen Artikel finden Sie unter: http://www.neue-oz.de/information/noz_print/interviews/17169312.html

Ressort / Ausgabe: Interviews

Veröffentlicht am: 02.08.2007

SPD: Es gibt noch zu viel Bequemlichkeit

kj/ten Berlin.

Die SPD hält es für dringend erforderlich, vor allem bei Neubauten das Heizen mit Ökowärme per Gesetz zur Pflicht zu machen.

In einem Gespräch mit unserer Zeitung sagte der Fraktionsvize im Bundestag, Ulrich Kelber, nur so sei "ein viel höherer Spareffekt" zu erzielen. "Bauherren, Handwerker und Architekten beschäftigen sich noch viel zu wenig mit Ökowärme", sagte der SPD-Umweltexperte. Es gebe noch "zu viel Bequemlichkeit. Nicht jeder ist auf dem neuesten Stand der Technik".

Nach aktuellen Plänen des Umweltministeriums sollen auch ältere Häuser nicht ausgenommen sein. Zwar hatten sich Union und SPD im Koalitionsvertrag auf ein Wärmegesetz geeinigt. Aber nach Kelbers Worten "hat sich die Union geweigert, über Inhalte zu verhandeln". Mittlerweile sind die Karten aber neu gemischt: Das Land Baden-Württemberg - mit CDU-Politikerin Tanja Gönner als Umweltministerin - hat schon mal vorgelegt: Gönner hat ein Gesetz formulieren lassen, das die Bürger verpflichten soll, mit erneuerbaren Energien zu heizen.

Kelber geht davon aus, dass nun auch innerhalb der Großen Koalition Bewegung in die Debatte kommt. Gewährleistet sein müsse aber, dass bei einer Verpflichtung zu Ökowärme "die Menschen weiter vom Marktanzreizprogramm profitieren" - also weiterhin Fördermittel für Sonnenkollektoren, Pellet- und Biomassekessel sowie den Einsatz anderer erneuerbarer Energien erhalten. Kelbers Fazit: "Das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz bedeutet eine massive Entlastung der Haushalte." Der Umweltexperte rechnet keineswegs mit Mehrkosten für Häuslebauer, falls das Heizen mit Ökowärme tatsächlich zur Pflicht wird. "Die laufenden Aufwendungen aus Investition und Betriebskosten sind geringer als ohne den Einsatz erneuerbarer Energien. Das ganze rechnet sich umso mehr je höher der Ölpreis ist."

Der Verband "Haus & Grund" warnte angesichts der Debatte vor einer "Klimabürokratie". Er riet Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) in unserer Zeitung zu mehr Augenmaß bei der Reduzierung des CO₂-Ausstoßes. Der Energieexperte des Eigentümerverbandes, Wolf-Bodo Friers, sagte: "Hast und Drohungen bewirken nur Verdruss bei den Hausbesitzern." Immobilieneigentümer seien durchaus bereit, in Klimaschutz zu investieren. Sie lehnten es aber ab, sich Daumenschrauben anlegen zu lassen, weil sich ein Politiker profilieren wolle. Bevor in der Sommerpause schnelle Entscheidungen getroffen würden, müsse eine Gesamtbilanz erstellt werden, forderte Friers. "Was nützen Einsparungen bei den Heizkosten, wenn bei der Dämmstoff-Produktion der CO₂-Ausstoß nach oben schnell?"

Über das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz will die Koalition auf ihrer Kabinettsklausur in Meseberg im August beraten.

© Neue OZ online 2006

Alle Rechte vorbehalten.
